



<https://biz.ii/2k46>

RE_START: HILFEANGEBOT FÜR MENSCHEN IN SOZIALER NOT GEHT WEITER

Veröffentlicht am 04.09.2018 um 17:56 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Seit zwei Jahren unterstützt RE-StaRT sozial benachteiligte Menschen und begleitet sie dabei, die jeweils richtigen Hilfen zu finden. Mit Erfolg: Im Jahr 2016 ließen sich 287 Personen, davon 58 Kinder, beraten. Im Folgejahr waren es schon 551 Personen (davon 139 Kinder). Rund 72 Prozent der Fälle konnten im Jahr 2017 erfolgreich an weiterführende Hilfen angebunden und damit abgeschlossen werden. Am Dienstag (4.9.) hat der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit der Region grünes Licht dafür gegeben, das Projekt zu verstetigen. "RE_StaRT ist niedrigschwellig, aufsuchend und flexibel. Diese schnelle und anonyme Beratung ist notwendig, um die Menschen zu erreichen, die bisher noch keinen Zugang zum Hilfenetzwerk gefunden haben", so Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. Das Hilfeangebot richtet sich unter anderem an wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen sowie an besonders benachteiligte neu zugewanderte Unionsbürgerinnen und -bürger. Das RE_StaRT-Team besteht aus fünf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, die in Zusammenarbeit mit den Klientinnen und Klienten weiterführende Hilfen ermitteln, beratend zur Seite stehen oder auch persönlich begleiten – zum Beispiel zum Jobcenter, zur Schuldnerberatung, zum Vermieter oder zur Rechtsanwältin. Während das Verhältnis von Frauen und Männern in der Wohnungsnotfallhilfe in der Regel bei rund 27 Prozent Frauen zu rund 73 Prozent Männern liegt, nahmen im letzten Jahr 41 Prozent Frauen und 59 Prozent Männer Hilfe bei RE_StaRT in Anspruch. 24 Prozent der Hilfesuchenden war unter 25 Jahre alt. "Die Zahlen zeigen, dass der Beratungsbedarf von Frauen und Müttern wie von jungen Erwachsenen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder andere Problemlagen haben, auf jeden Fall da ist", bestätigt Dr. Hanke. "Und dass RE_StaRT genau richtig für diese Zielgruppe ist." Sozialpädagogin Julia Berner ist von Anfang an bei dem Projekt dabei: "Zu uns kommen viele junge Mütter und Schwangere, die nicht wissen, welche Schritte sie gehen müssen, um zum Beispiel Unterhaltsvorschuss oder Elterngeld zu bekommen", erzählt sie. "Oft kommen dann noch Wohnungslosigkeit oder katastrophale Wohnverhältnisse dazu. Wir schauen gemeinsam mit diesen Frauen, was sie brauchen und wie wir weiter vorgehen. Basis sind hier aber immer das persönliche Tempo der Klientin und vor allem ihre Wünsche und Vorstellungen." Oft bleibe man auch noch nach erfolgreicher Hilfe und Weitervermittlung an andere Stellen in Kontakt. "Die meisten unserer Kunden löschen unsere Nummern nicht, denn manchmal reicht auch nur ein kurzes Telefonat, um zu helfen", so Berner. An die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wenden sich die Betroffenen entweder selbst oder der Kontakt kommt über Mitarbeitende anderer Einrichtungen zustande. Im Jahr 2017 meldeten sich 69 Prozent Personen direkt, 23 Prozent wurden durch Fachkräfte vermittelt, acht Prozent durch Familie oder Bekannte. Die vier häufigsten Anliegen bei der Kontaktaufnahme waren die Wohnungssuche (47 Prozent), Schwierigkeiten mit Behörden (37 Prozent), Schulden allgemein (31 Prozent) und Mietschulden (19 Prozent). Bei allen Kontaktaufnahmen bieten die Beraterinnen und Berater schnellstmöglich Termine. Finanziert wird RE_StaRT (Richtig Erreichen_Strukturen transportieren aktiv Richtung Teilhabe) mit rund 800.000 Euro zum größten Teil durch den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (EHAP). Die Projektverantwortung und -koordination liegt in den Händen der Region Hannover, die fünf Prozent der Gesamtkosten trägt. Die Selbsthilfe für Wohnungslose (SeWo), die Zentrale Beratungsstelle Hannover des Diakonischen Werkes (ZBS) und das Karl-Lemmermann-Haus setzen Re_StaRT um. "Das Projekt hilft erfolgreich Menschen in Notlagen, verringert nachweislich Obdachlosigkeit und Wohnungsverluste und erreicht deutlich mehr Frauen und Mütter als andere Angebote", sagt Dr. Andrea Hanke. "Darum setzt sich die Region sehr dafür ein, dass das Hilfeinstrument dauerhaft in die Angebote übernommen wird!" Dafür veranschlagt die Regionsverwaltung ab 2019 rund 240.000 Euro pro Jahr. Abschließend entscheidet die Regionsversammlung am 25. September.